

Deutsche in Russland – Deutsche aus Russland in Sachsen

Lars-Arne Dannenberg und Matthias Donath

Russlanddeutsche, Deutsche in Russland, Deutsche aus Russland, Spätaussiedler – mehrere Begriffe für dasselbe Phänomen. Aber was ist denn nun richtig? Während ersterer der Überbegriff für die deutschstämmige Bevölkerung Russlands bzw. der späteren Sowjetunion mit Ausnahme der baltischen Sowjetrepubliken ist und sich die in Russland verbliebene deutsche Minderheit bis heute so bezeichnet, hören die nach Deutschland ausgesiedelten Betroffenen ihn nicht so gern. Sie selbst bezeichnen sich als Deutsche aus Russland. Als Interessenvertretung besteht seit 1950 die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Die Betonung liegt vor allem auf „Deutsche“, denn die deutschstämmigen Bewohner Russlands und der Sowjetunion hielten trotz aller Repressalien an ihrer deutschen Identität fest. So gab es im Pass des Vielvölkerstaates Sowjetunion eine Spalte „Nationalität“, in der man selbstverständlich „deutsch“ eintrug. Von amtlicher Seite wird der Begriff „Spätaussiedler“ gebraucht. Er bezeichnet alle Zuwanderer deutscher Abstammung, die seit dem 1. Januar 1993 in die Heimat ihrer Vorfahren eingereist sind und die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben.¹

„Heimat der Vorfahren“ bezieht sich dabei auf Deutschland in seiner Gesamtheit – obwohl die Vorfahren der Russlanddeutschen nur aus einzelnen Gebieten des deutschen Sprachraums kamen, vorwiegend aus Südwestdeutschland, dem Elsass oder der Schweiz. Sachsen gehörte nicht zu den Herkunftsregionen. Dennoch leben im Freistaat Sachsen heute zahlreiche Menschen deutscher Abstammung mit Heimatorten in Russland bzw. in der früheren Sowjetunion. Diese anfangs recht kleine Gruppe der Deutschen aus Russland wuchs in den 1990er Jahren durch den Zuzug Tausender Spätaussiedler, die gemäß einem Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt wurden. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 50.000 Einwohner des Freistaates Sachsen einen russlanddeutschen Hintergrund haben. Eine statistische Erfassung gibt es nicht, weil die Deutschen aus Russland die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und nicht eigens gezählt werden.

Deutsche in Russland

Das Zusammenleben von Russen und Deutschen begann schon in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, als hansische Kaufleute in Nowgorod ein Kontor eröffneten und den Ostseehandel nach Russland ausweiteten. 1478 wurde das Fürstentum Nowgorod dem Großfürstentum Moskau einverleibt, aus dem 1547 das Russische Zarenreich hervorging. Zar Iwan

der Schreckliche (1530–1584) warb seit der Mitte des 16. Jahrhunderts „nützliche Ausländer“ an, die sich in einer Vorstadt Moskaus niederließen, und gestattete sogar den Bau einer lutherischen Kirche. Moskaus Deutsche Vorstadt war ein europäischer Mikrokosmos. Hier lebten Ärzte, Apotheker, Spezialisten für die Waffenherstellung, Baumeister, Gold- und Silberschmiede und Uhrmacher – viele davon mit deutscher Muttersprache. Kaufleute deutscher Herkunft betrieben Außenhandel und errichteten Manufakturen. Auch die 1703 gegründete Hauptstadt St. Petersburg zog deutsche Handwerker und Akademiker an, von denen viele für den Zarenhof arbeiteten. 1897 lebten rund 18.000 Deutsche in Moskau und etwa 46.000 Deutsche in St. Petersburg. Diese sogenannten „Städtedeutschen“ hatten aber nur wenig Kontakt zur bäuerlichen Bevölkerung deutscher Herkunft, die seit dem 18. Jahrhundert in den Weiten des Russischen Reiches angesiedelt worden war.

Die Deutschbalten sollen in diesem Beitrag nicht behandelt werden, obwohl auch sie zu den Untertanen des russischen Zaren gehörten. In Estland, Livland und Kurland bildeten die Deutschen seit dem 13. Jahrhundert die wirtschaftliche und kulturelle Elite. Die adligen Grundbesitzer und die Bewohner der Städte waren mehrheitlich Deutsche, während sich die einfache Landbevölkerung der estnischen und lettischen Sprache bediente. 1721 gliederte Zar Peter I. (1672–1725) die zuvor schwedischen Ostseeprovinzen in das Russische Kaiserreich ein. Zahlreiche Offiziere und Beamte Russlands stammten seitdem aus deutschbaltischen Adelsfamilien, die auf ihre deutsche Sprache und ihren evangelisch-lutherischen Glauben Wert legten, aber sich als loyale Staatsbürger des Zarenreiches verstanden. Nach der sowjetischen Besetzung der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen, die sich infolge des Ersten Weltkriegs zu eigenständigen Republiken erklärt hatten, wurden die Deutschbalten gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt 1940/41 ins Deutsche Reich umgesiedelt. Auch die Wolhynien- und Bessarabiendeutschen kehrten damals „heim ins Reich“.

Auswanderung nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert

Entscheidend für die Herausbildung einer starken russlanddeutschen Minderheit war die Ansiedlung deutscher Zuwanderer in der Wolgaregion und am Schwarzen Meer seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts.² Katharina die Große (1729–1796) erließ am 4. Dezember 1762 und am 22. Juli 1763 Manifes-

links: Karte der deutschen Kolonien im saratovschen und samaraschen Gouvernement in Russland, 1850

© Unitätsarchiv Herrnhut, TS Mp.284.5

Katharina die Große,
Gemälde, 1770
© Wikimedia



Manifest Katharinas II. vom
22. Juli 1763 zur Anwerbung
ausländischer Siedler
© Stadtarchiv Ulm



te, mit dem sie Ausländer einlud, nach Russland zu kommen und in bisher unbesiedelten Gebieten ihres Reiches landwirtschaftliche Kolonien zu gründen. Die Zarin folgte damit einer Bevölkerungspolitik, die damals auch von anderen europäischen Staaten, etwa Preußen, betrieben wurde. Dabei ging man von der Erwartung aus, dass die „Peuplierung“, also die Vermehrung der Bevölkerung durch Zuwanderung, zur Vergrößerung des Reichtums des Staates und zur Anregung des Wirtschaftskreislaufes führe. Für Katharina waren aber auch militärstrategische Gründe ausschlaggebend, hoffte sie doch, dass die Besiedlung zu einer Beruhigung der Grenzregionen im Süden Russlands beitrage.

Um Siedler anzulocken, versprach die russische Regierung den Einwanderungswilligen die Verteilung von Land, die Auszahlung von Vorschüssen zum Bau von Häusern und zum Kauf von Vieh und Geräten, eine für dreißig Jahre geltende Steuerfreiheit, innere Selbstverwaltung, die Befreiung vom Militärdienst und die freie Religionsausübung. Die Anwerbung wurde privaten Agenturen übertragen, die in großangelegten Kampagnen die Ausreise nach Russland anpriesen. Mehrere Staaten verboten jedoch die Auswanderung, darunter Frankreich, Spanien, Preußen, Österreich und Sachsen, weil sie selbst Zuwanderer bzw. Arbeitskräfte benötigten.

Die „Leipziger Zeitung“ hatte am 21. Februar 1763 das Einwanderungsmanifest Katharinas der Großen abgedruckt. Jedoch ermahnte sie der Zensor Peter Freiherr von Hohenthal (1730–1806) im Auftrag der Dresdner Regierung, eine solche Veröffentlichung zukünftig zu unterlassen, weil sie dem Entschluss der Untertanen, „ihr Vaterland zu verlassen“, förderlich sei. Prinz Xaver von Sachsen (1726–1794), der für den minderjährigen Friedrich August III. (1750–1828) die Regierung führte, verbot in einem kursächsischen Mandat das „Wegziehen außer Landes“. In Sachsen war gerade der Siebenjährige Krieg zu Ende

gegangen. Der Wiederaufbau nach 1763, der als Rétablissement bezeichnet wird, setzte wirtschaftliche Potentiale frei. Man brauchte alle Arbeitskräfte auf dem Land und in den Städten und wollte diese nicht an ausländische Mächte abgeben. Das Verbot und der wachsende Wohlstand bewirkten, dass nur wenige sächsische Untertanen ihre Heimat verließen und sich zur Auswanderung nach Russland meldeten.³

Weitgehend ungehindert konnten die Werber nur in den Reichsstädten, in den süd- und westdeutschen Staaten sowie in Anhalt-Zerbst auftreten. Das hatte zur Folge, dass die Einwanderungswilligen vorwiegend aus Württemberg, Bayern, Hessen, der Pfalz und dem Elsass kamen. Sammelstellen befanden sich in Roßlau, Büdingen, Hamburg und Amsterdam. Die Ausreise erfolgte mit dem Schiff über Lübeck. Die erste Gruppe erreichte im Mai 1764 Saratow an der Wolga. Bis 1775 folgten 30.623 Personen der Einladung der russischen Zarin. Für die Belange der Kolonisten wurde 1763 eine Sonderbehörde gegründet, die „Tutelkanzlei“ oder „Vormundschafskanzlei für Ausländer“, die Katharina II. ihrem Vertrauten Graf Grigori Orlov (1734–1783) unterstellte. Die Angeworbenen erhielten Siedlungsland an der Wolga südlich von Saratow. Sie gründeten dort neue Dörfer – in Siedlungsbezirken, die sich nach der Konfession unterschieden. Es gab evangelisch-lutherische, evangelisch-reformierte und römisch-katholische Dörfer. Als vierte Gruppe kamen die mennonitischen Kolonien dazu, die von Siedlern aus Danzig und Umgebung gegründet wurden. Diese gehörten einer evangelischen Freikirche an, die die Erwachsenen taufe praktizierte und jeglichen Militärdienst ablehnte. Nach dem Anschluss Danzigs an das Königreich Preußen fürchteten zahlreiche Mennoniten, dem Militärdienst unterworfen zu werden, weshalb sie in mehreren Gruppen ab 1789 nach Russland auswanderten. Die Bewohner der Wolgakolonien wurden als „Wolgadeutsche“ bezeichnet.

1 Der Stichtag wurde willkürlich gewählt und hat keine inhaltlich-historische Begründung.
2 Weiterführende Literatur zur Geschichte der Deutschen in Russland: Michael Schippa/Sonja Striegnitz: Wolgadeutsche Geschichte und Gegenwart. Berlin 1992; Gerd Stricker (Hrsg.): Deutsche Geschichte im Osten Europas. Rußland. Berlin 1997 (mit zahlreichen Einzelbeiträgen); Alfred Eisfeld: „Die Russlanddeutschen. 2. Auflage München 1999; Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. (Hrsg.): Deutsche aus „Russland gestern und heute. 9. Auflage Stuttgart 2013; Deutsche aus Russland. Geschichte und Gegenwart. Eine Ausstellung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Stuttgart 2013; György Dalos: Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart. 2. Auflage München 2015



Das zweite Siedlungsgebiet nach dem Wolgareum war das in den Türkenkriegen dem Osmanischen Reich entrissene Land zwischen den Flüssen Dnepr und Don, das als „Gouvernement Taurien“ und „Gouvernement Neurussland“ dem Zarenreich angegliedert worden war. In diesem neugewonnenen Territorium wurden mehrere räumlich voneinander getrennte deutsche Siedlungsbezirke angelegt. Die Bewohner dieses Gebiets wurden später als „Schwarzmeerdeutsche“ bezeichnet – auch wenn ihre Siedlungen im Landesinneren und nicht unmittelbar am Schwarzen Meer lagen.

Katharinas Enkel Zar Alexander I. (1777–1825) warb ab 1803 erneut Kolonisten an. Die Auswanderer kamen überwiegend aus der Schweiz und dem deutschen Südwesten. Auf dem Seeweg wurden sie nach Odessa gebracht und von dort im Schwarzmeergebiet verteilt. Weitere Kolonisten wurden im zuvor osmanischen Bessarabien sowie in Wolhynien angesiedelt. Wolhynien lag im Osten des Königreiches Polen und war bei den Teilungen Polens an Russland gefallen. Eine weitere Siedlungsregion war das Kaukasusgebiet, das bis 1810 zu Russland gekommen war. Hierhin wanderten zwischen 1817 und 1819 radikale evangelische Pietisten aus Württemberg aus, die sich von ihrer Landeskirche getrennt hatten und eine nahes Ende der Welt erwarteten. Etwa 500 Großfamilien gründeten in Georgien, nahe Tiflis, acht Kolonien. Weitere Kolonien entstanden in Aserbaidschan und im Nordkaukasus. 1819

wurde die Ansiedlung von Ausländern grundsätzlich eingestellt, doch kamen auch danach noch einzelne Kolonistengruppen, etwa Mennoniten aus Preußen, nach Russland.

Die deutschen Kolonisten unterschieden sich durch Herkunft, Sprache, Konfession und Schulbildung von ihren russisch-orthodoxen Nachbarn. Sie lebten als Bauern und Handwerker in eigenen Dörfern und Siedlungsverbänden. Die Kolonien, die deutsche Ortsnamen trugen, verwalteten sich selbst. Kirchen durften erbaut und Pfarrer eingestellt werden, sofern sich die Glaubensangebote an die Kolonisten und nicht an andersgläubige Bewohner des Russischen Reiches richteten. So entstanden seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert teilweise sehr große lutherische und katholische Kirchen im spätbarocken bzw. klassizistischen Stil.⁴ Die Kolonien blühten – nach anfänglichen Schwierigkeiten – auf, und obwohl die Zahl der Einwohner sprunghaft zunahm, konnten Überschüsse erzielt und auf regionalen Märkten verkauft werden. Die zweite und die dritte Generation wurde oft wohlhabend. Gewinn brachte der Verkauf von Weizen und Tabak. Die Bevölkerung der deutschen Kolonien vermehrte sich schneller als die russische oder anderssprachige Bevölkerung des Zarenreichs oder die Bevölkerung Deutschlands im gleichen Zeitraum: Im Wolgareum hatte sie sich bis 1857 verachtfacht. Da der Bauernhof immer nur auf den jüngsten Sohn übergang, die Familien oft aber mehr als zehn Kinder hatten, kam es zur Gründung

Auswanderungsströme nach Russland im 18. und 19. Jahrhundert sowie Ansiedlungsgebiete im Zarenreich
Kartografie: Ingenieurbüro für Kartographie J. Zwick, Gießen
© Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

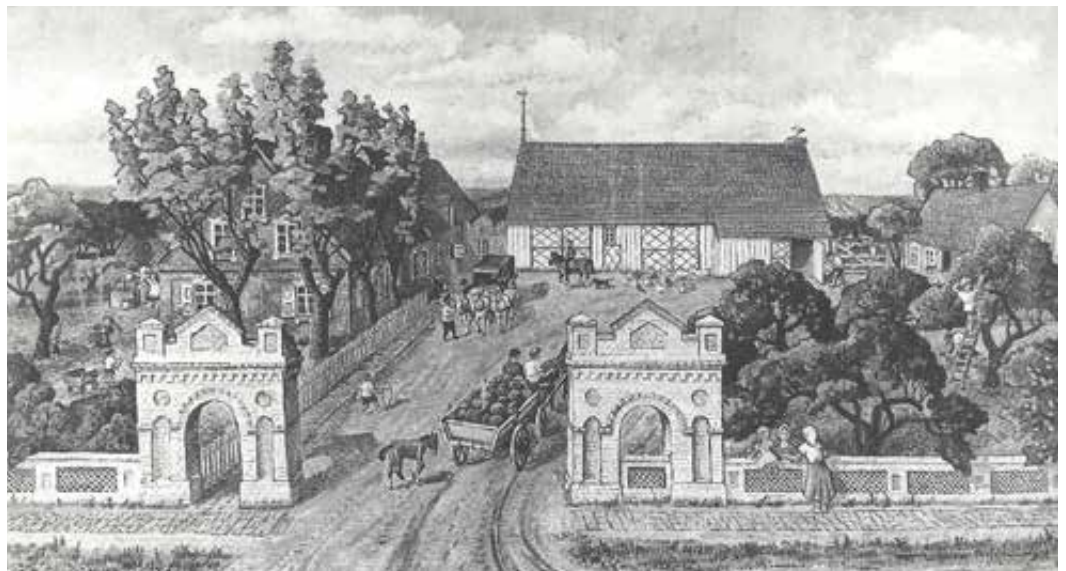
3 Vgl. dazu Schippan/Striegnitz (wie Anm. 2), S. 27 f.

4 Vgl. Sergej Terjochin: Deutsche Architektur an der Wolga. Bad Münstereifel 1993.

Ansicht einer Kolonie ausländischer Siedler bei Saratow, Aquarell von J. Oboldujew, 1767 aus: Terjochin 1993 (wie Anm. 3), S. 15



Bauernhof mennonitischer Kolonisten in Chortitza im Dnjepr-Gebiet, Zeichnung von Waldemar Neufeld, 1982



von Tochterkolonien. Andere pachteten oder kauften Land oder zogen in die umliegenden Städte. In Saratow zählte man 1915 bereits 19.000 Deutsche. Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts gründeten deutsche Unternehmer Manufakturen und Fabriken. Hervorzuheben ist etwa die 1856 entstandene Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von Johann Höhn (russische Namensform Iwan Gen) in Odessa, die Pflüge, Eggen, Drill-, Mäh- und Dreschmaschinen fertigte. Trotz der wirtschaftlichen Kontakte zu den russischen Absatzmärkten blieben die deutschen Kolonisten weitgehend unter sich. Man heiratete nur innerhalb der eigenen Konfession. Die Mehrheit der Siedler sprach nur deutsch und konnte sich nicht auf Russisch verständigen – weil es im Alltag nicht notwendig war. Die Reformen in Russland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts brachten spürbare Veränderungen. So wurde 1871 die Selbstverwaltung der Kolonien aufgehoben. Seit 1874 galt eine allgemeine Wehr-

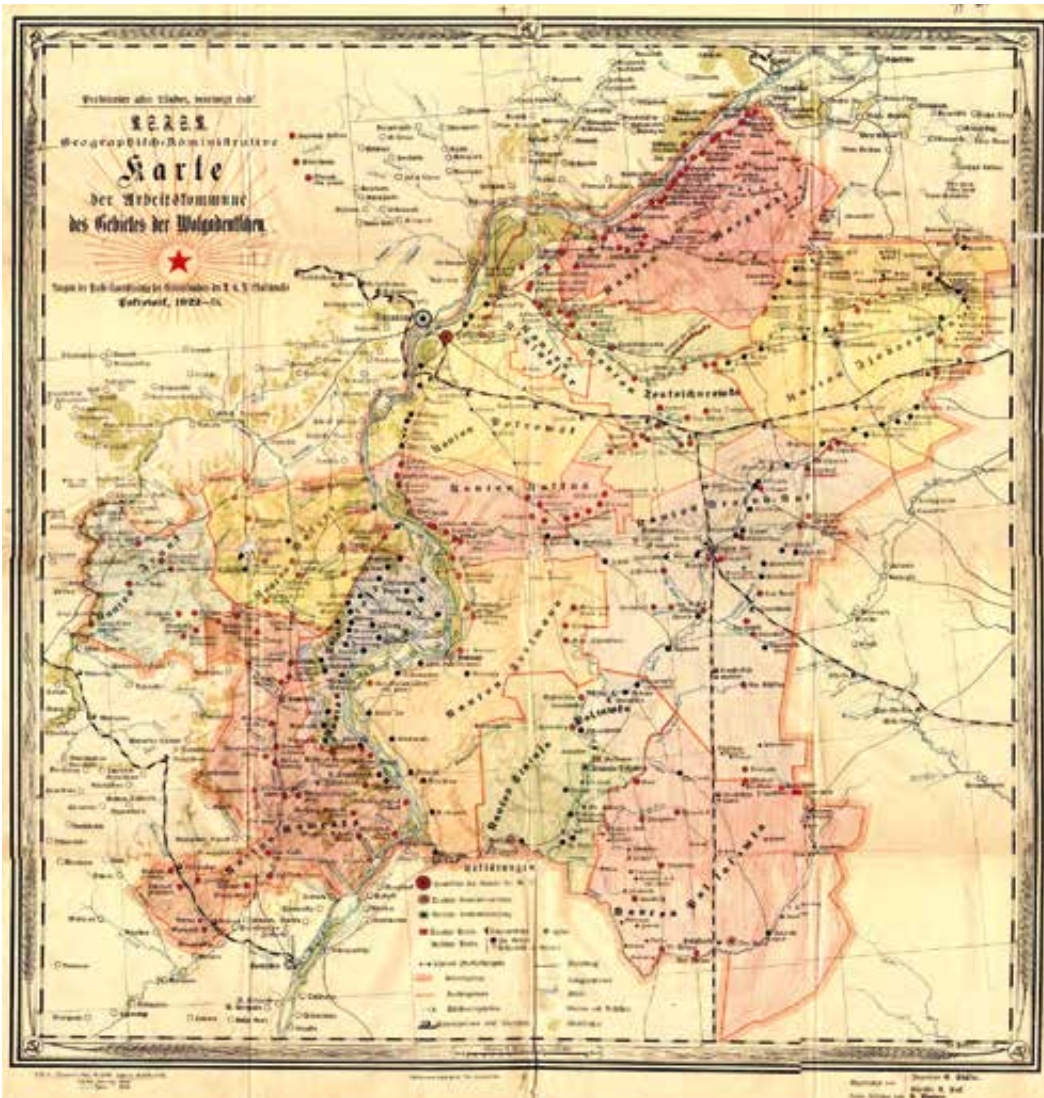
und Dienstpflicht, was dazu führte, dass Teile der Mennoniten nach Nordamerika auswanderten. Schrittweise hielt die russische Sprache Einzug, zumal die Lehrer russische Prüfungen abzulegen hatten. Der Bau von Eisenbahnlinien und die beginnende Industrialisierung förderten den Absatz landwirtschaftlicher Produkte, so dass im Wolgagebiet große Mühlenwerke und Brauereien gebaut wurden. Während die Deutschen des Wolga- und Schwarzmeergebiets immer stärker in die russische Gesellschaft hineinwuchsen, verbreitete sich in Russland ein zunehmender Deutschenhass. Radikale Nationalisten warfen den Kolonisten vor, Russland von innen zerstören zu wollen. Als der Erste Weltkrieg begann, kam es zu antideutschen Ausschreitungen – in Moskau sogar am 27. Mai 1915 zu einem regelrechten Pogrom gegen Deutsche, bei dem Geschäfte geplündert, Häuser zerstört und Menschen ermordet wurden. Trotz der zunehmenden Diskriminierung erfüllten die deut-

schen Staatsbürger Russlands ihre staatsbürgerlichen Pflichten. Etwa 300.000 Deutschen kämpften als Soldaten der russischen Armee gegen die Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Deutsche in der Sowjetunion

Die bürgerliche Revolution im Februar 1917 weckte bei den Russlanddeutschen die Hoffnung auf die Verbesserung ihrer Lage und auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts. Doch führte die Oktoberrevolution des gleichen Jahres zu einem Bürgerkrieg, in dem Russlanddeutsche auf beiden Seiten kämpften. An der Wolga setzten sich rasch die Bolschewisten durch, während das Schwarzmeergebiet erst 1920 von der Roten Armee besetzt wurde. Nachdem die Etablierung eines selbständigen ukrainischen Staates gescheitert war, wurde die Region in die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik integriert, die Teil der 1922 gegründeten Sowjetunion wurde. Aufgrund der zerstreuten Siedlungsgebiete war nicht an eine deutsche Autonomie zu denken. Doch wurden in den deutschsprachigen Ortschaften deutsche Dorfsowjets gegründet. 1931 gab es acht deutsche Rayons, die jeweils mehrere überwiegend

deutschsprachige Siedlungsverbände umfassten. Im Wolgagebiet vollzog sich bis Ende 1918 eine sowjetische Machtübernahme. Lenin entschied am 19. Oktober 1918 im „Dekret über die Autonomie des Gebietes der Wolgadeutschen“ über die Gründung einer autonom verwalteten „Arbeitskommune des Gebietes der Wolgadeutschen“. Diese wurde am 6. Januar 1924 zu einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik erhoben. Diese Entscheidung hatte auch einen außenpolitischen Hintergrund, denn man wollte an der Wolga ein Beispiel für den Aufbau Sowjetdeutschlands geben. Der „erste sozialistische Staat deutscher Sprache“ umfasste ein 25.447 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem 527.876 Menschen lebten. Da man zur Abrundung auch russischsprachige Gebiete hinzugefügt hatte, betrug der Anteil der russlanddeutschen Einwohner 67 Prozent. Der Regierungssitz wurde von Marxstadt (ehemals Katharinenstadt) in das verkehrsmäßig günstiger gelegene Pokrowsk (seit 1931 Engels) verlegt. Mit der Autonomie war vor allem der Aufbau eines deutschsprachigen Schulwesens verbunden. Um 1930 gab es 370 deutsche Grundschulen und zwanzig höhere Schulen. Der „Kriegskommunismus“ in der Zeit des Bürgerkriegs führte 1912/22 zu einer dramatischen Hun-



Karte der Arbeitskommune des Gebietes der Wolgadeutschen, 1922 © Wikimedia

Sammelstelle des Verbands
der landwirtschaftlichen
Kooperation der Wolgadeutschen
mit russischer und deutscher
Beschriftung, 1929
© Landsmannschaft der
Deutschen aus Russland



gersnot. Durch Hungertod und Abwanderung ging die Bevölkerung um ein Viertel zurück. Danach besserte sich die Lage, doch kam es ab 1926/27 infolge der Kollektivierung der Landwirtschaft erneut zu Engpässen und Hunger. Die Bauern wurden gezwungen, Kolchosen beizutreten, und leisteten dabei vielfach passiven Widerstand. Die wohlhabenderen Bauern wurden als „Kulaken“ verfolgt. Die Kollektivierung wurde an der Wolga schneller durchgezogen als in anderen Teilen der Sowjetunion. 1931 waren 95 Prozent der Bauernwirtschaften kollektiviert. Mit dem „Aufbau des Sozialismus“ ging eine Bekämpfung des christlichen Glaubens einher. Kirchen wurden enteignet und in Kulturhäuser umgewandelt, Pfarrer verhaftet, deportiert und erschossen. 1938 wurden die letzten noch bestehenden lutherischen und katholischen Gemeinden aufgelöst. Lutheraner, Katholiken und Mennoniten konnten ihren Glauben seitdem nur noch heimlich ausüben. An den Zwangs- und Verfolgungsmaßnahmen wirkten auch russlanddeutsche Kommunisten mit, doch es fällt auf, dass die Deutschen nur schwach in der kommunistischen Staatspartei vertreten waren. In der Wolgarepublik waren trotz deutscher Bevölkerungsmehrheit 1929 nur 34,7 Prozent der Parteimitglieder deutscher Nationalität. Die russlanddeutsche Bevölkerung wurde in diesen Jahren stark durch die Sowjetideologie geprägt, zumal es aufgrund der politischen Isolierung keine Kontakte ins Deutsche Reich gab.

Seit den 1930er Jahren häuften sich die Repressionen gegen Russlanddeutsche. So wurden 1935 alle deut-

schen Schulen außerhalb der Wolgarepublik geschlossen. Zahlreiche Partei- und Verwaltungsfunktionäre, Lehrer und Journalisten deutscher Muttersprache fielen den Stalinschen Säuberungen zum Opfer.

Deportation nach Sibirien und Mittelasien

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurden ganze Völker pauschal der „Kollaboration mit dem Feind“ verdächtigt und kollektiv bestraft. Das erste Opfer waren die Russlanddeutschen. Am 30. August 1941 befahl der Oberste Sowjet die Auflösung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. Weil die Bevölkerung die Anwesenheit deutscher Spione und „Feinde des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht“ zugelassen habe, wurde verfügt, die „gesamte deutsche in den Wolgareyons wohnende Bevölkerung in andere Reysons zu übersiedeln.“ Innerhalb von drei Wochen wurden über 365.000 Deutsche aus der Wolgarepublik deportiert. Die Betroffenen verloren ihren Besitz und wurden in Eisenbahntransporten nach Sibirien, Kasachstan und ins Altaigebiet gebracht, wo man sie unter Aufsicht des sowjetischen Geheimdienstes in „Sondersiedlungen“ unterbrachte. Männer sowie kinderlose Frauen wurden zur „Arbeitsarmee“ eingezogen, sie mussten auf Baustellen, in Bergwerken oder in Rüstungsbetrieben Schwerstarbeit leisten. Hunger, fehlender Wohnraum sowie äußerst harte und gefährliche Arbeitsbedingungen prägten den Alltag in den Siedlungsgebieten, die man

Ausweis für A. Heckmann
(russ. Gekman), Deputierter des
Obersten Sowjets der Autonomen
Sozialistischen Sowjetrepublik der
Wolgadeutschen, 1938
© Landsmannschaft der
Deutschen aus Russland



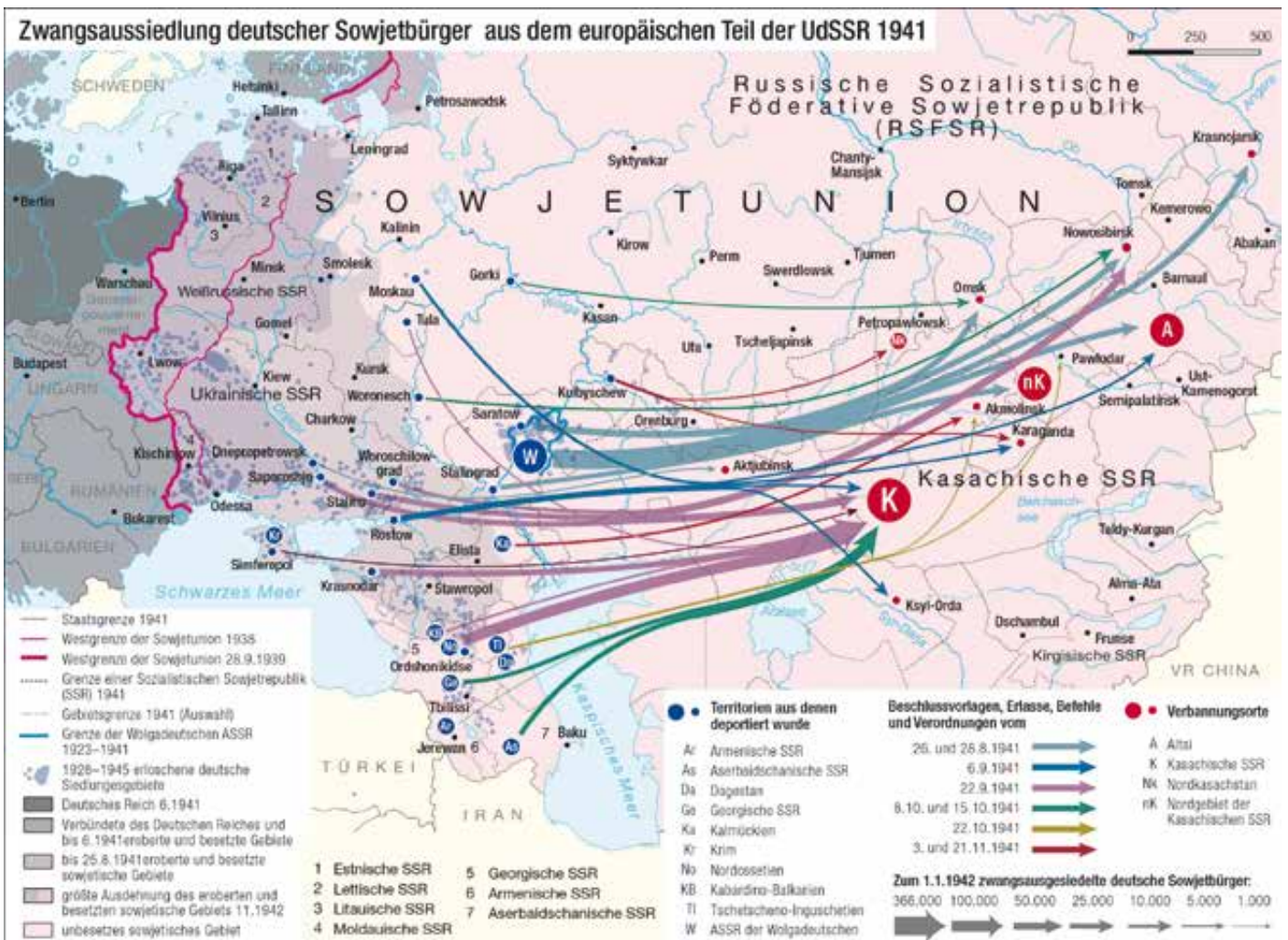
den Deportierten zugewiesen hatte. Von der Zwangs-umsiedlung waren alle Deutschen betroffen, die im unbesetzten Teil der Sowjetunion lebten, darunter rund 80.000 Deutsche aus Gebieten des europäischen Russland und etwa 25.000 Kaukasusdeutsche aus Georgien und Aserbaidschan. Nach amtlichen Unterlagen wurden bis Ende 1941 799.459 Personen in 344 Zügen deportiert. In den Häusern der Deportierten wurden Russen und Angehörige anderer Nationalitäten angesiedelt. Die Orte erhielten russische Ortsnamen, sofern sie nicht schon vorher umbenannt worden waren. Stalin ließ auch andere Völker deportieren, die er als unzuverlässig einstufte: Karatschaier, Kalmücken, Inguschen, Tschetschenen, Balkaren und Krimtataren unterlagen ebenso der „totalen Deportation“.

Das Gebiet der Schwarzmeerdeutschen war 1941 von der Wehrmacht besetzt worden. Unter dem Besatzungsregime wurden die „Volksdeutschen“ bevorzugt. Als sich nach der Niederlage bei Stalingrad abzeichnete, dass man diese Gebiete wieder verlieren würde, wurden 1943 rund 530.000 Deutsche zur Umsiedlung in den Warthegau gezwungen, jenen Teil Polens, den man dem Deutschen Reich angeschlossen hatte und der zur Germanisierung vorgesehen war. Die Deutschen aus dem Schwarzmeergebiet bildeten Trecks, mit denen sie über Wochen und



Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjetunion zur Deportation der Wolgadeutschen © Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Zwangsassiedlung deutscher Sowjetbürger aus dem europäischen Teil der Sowjetunion Kartografie: mr-kartographie, Gotha © Bundeszentrale für politische Bildung



Monate unterwegs waren, ehe sie das vorgesehene Ansiedlungsgebiet erreichten. Aber auch dort konnten sie nicht lange bleiben. Der Vormarsch der Roten Armee zwang sie, weiter nach Westen zu ziehen. Obwohl die umgesiedelten Russlanddeutschen die Staatsbürgerschaft des Deutschen Reichs erhalten hatten, wurden sie von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs als Sowjetbürger behandelt und – meist gegen ihren Willen – den sowjetischen Behörden zur „Repatriierung“ übergeben. Die Betroffenen hofften nun, wieder in ihre Heimatorte in der Ukraine zu kommen, doch sie verfielen ebenfalls der 1941 verhängten Kollektivstrafe. Die „Repatriierten“ wurden ins nördliche Russland, nach Kasachstan und Mittelasien gebracht und dort in der Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Industrie eingesetzt. Wer nationalsozialistischen Organisationen angehört hatte, wurde zu Haftstrafen zwischen 10 und 25 Jahren verurteilt. Russlanddeutsche Männer, die zur Wehrmacht eingezogen worden waren und erst später aus amerikanischer oder britischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrten, wurde nicht mehr in die Sowjetunion gebracht, gebracht. Daher lebten seit Kriegsende rund 5.000 Menschen russlanddeutscher Herkunft in der Sowjetischen Besatzungszone, ein Teil davon in Sachsen. Die Deportierten standen bis 1955 unter der Aufsicht der Kommandantur des Innenministeriums für die Sonderlager (Spezkommandantura). Auch nach Kriegsende galt weiter die Arbeitspflicht. Die Arbeitsnormen waren hoch, die Verpflegungsrationen niedrig, so dass noch bis 1947 viele tausend Menschen den Hungertod starben. Ein Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 26. November 1948 verbot die Rückkehr in die früheren Herkunftsorte. Der eigenmächtige Wegzug galt als Flucht und wurde mit 20 Jahren Zwangsarbeit bestraft.

Normalisierung und Benachteiligung

Erst nach dem Tod Stalins verbesserte sich die Lage der Sowjetbürger deutscher Nationalität. Ein Dekret

des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 13. Dezember 1955, das aber nicht veröffentlicht werden durfte, ordnete die „Aufhebung der Beschränkungen der Deutschen und ihrer Familienangehörigen, die sich in Sondersiedlungen befinden“, an. Ausgeschlossen blieb aber weiterhin die Rückkehr in die Heimatgebiete wie auch die Rückgabe des enteigneten Vermögens.

Damit begann ein Prozess der Normalisierung. Die Deutschen konnten, wenn sie anderswo Arbeit fanden, ihre Deportationsgebiete verlassen. Die Mehrheit blieb aber in Sibirien, Kasachstan und Kirgisien. Teils blieben deutsche Nachbarschaften zusammen, teils zogen die Familien in größere Städte, wo es keine Verbindung zu anderen Russlanddeutschen gab. Nur im eigenen Haushalt konnte Deutsch gesprochen werden, sonst wurde Russisch zur dominierenden Sprache. Die zweite und dritte Generation, die nach Kriegsende aufwuchs, sprach dann oftmals nur noch Russisch, die deutsche Sprache – zumindest als Umgangssprache – ging verloren. Da die Deutschen nun nicht mehr in geschlossenen Gemeinschaften lebten, kam es oft zu gemischtnationalen Eheschließungen. Dennoch waren die Deutschen als solche erkennbar, denn in den Personaldokumenten war die Nationalität vermerkt. Viele Aussiedler berichten von Diskriminierungen und Beschimpfungen, die sie in der Sowjetunion erlebten und die ihnen das Zusammenleben schwer machten. So wurden deutsche Sowjetbürger immer wieder als „Faschisten“ verunglimpft.

Durch die hohe Geburtenrate stieg die Zahl der Russlanddeutschen – trotz der Verfolgungsmaßnahmen – weiter an. 1939 wurden in der Sowjetunion 1,4 Millionen, 1959 1,6 Millionen und 1989 mehr als zwei Millionen Deutsche gezählt. Damit gab es mehr Sowjetdeutsche als Letten oder Esten, die über eigene Sowjetrepubliken verfügten. Am 29. August 1964 verfügte das Präsidium des Obersten Sowjets eine Teilrehabilitierung, bei der erklärt wurde, dass die 1941 „erhobenen Anschuldigungen unbegründet



Teilnehmer der zweiten Delegation der Russlanddeutschen, die 1967 in Moskau die Wiederherstellung der Wolgarepublik forderte
© Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

und ein Ausdruck der Willkür unter den Bedingungen des Kults der Person Stalins waren“. Dieses nur in der SED-Zeitung „Neues Deutschland“ veröffentlichte Dekret ermutigte Russlanddeutsche, sich zu Initiativgruppen zusammenzuschließen, die die Autonomie und die Wiederherstellung der Wolgarepublik forderten. Am 2. Januar und am 7. Juli 1965 empfing Anastas Mikojan (1895–1978), Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, russlanddeutsche Delegationen, die jedoch ihr Ziel, die Wiederherstellung der Autonomie, nicht erreichten. Lediglich Verbesserungen im Kultur- und Schulwesen wurden zugesichert. So konnte der 1957 wieder eingeführte muttersprachliche Schulunterricht ausgeweitet werden. Eine deutsche Tageszeitung („Freundschaft“ in Alma-Ata) und eine deutsche Zeitschrift („Neues Leben“) konnten erscheinen; Verlage durften deutschsprachige Bücher veröffentlichen. 1980 nahm ein deutsches Theater in der kasachischen Industriestadt Temirtau im Gebiet Karaganda seinen Betrieb auf. 1989 wurde es nach Alma-Ata (heute Almaty) verlegt. Zum Ende der 1980er Jahre entwickelte es sich zu einem Zentrum der deutschen Kultur in der Sowjetunion, da es die größte und am stärksten vom Staat geförderte deutsche Kultureinrichtung war. Ein erheblicher Teil der Russlanddeutschen, rund 900.000, lebte damals in der Kasachischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Der Versuch, 1979 in Jereimentau im Gebiet Akmolinsk in Nordkasachstan ein Deutsches Autonomes Gebiet zu gründen, scheiterte am Widerstand der einheimischen kasachischen Bevölkerung. Der christliche Glaube hatte im Untergrund überlebt. Da es keine Pfarrer, Priester oder Kirchen gab, traf man sich heimlich in Privaträumen zu Gottesdiensten und Gebetskreisen. Katholische „Kirchenmütter“ spendeten die Eucharistie aus, was nach dem Kirchenrecht eigentlich nur geweihten Priestern vorbehalten war – die es aber nicht gab. Ab den 1960er Jahren war die amtliche Registrierung von Gemeindegruppen möglich. Die registrierten katholischen, lutherischen und mennonitischen Gemeinden konnten kleinere Häuser erwerben, die sie als Bethäuser nutzten. 1980 wurde erstmals wieder ein evangelisch-lutherischer Superintendent für die deutschen lutherischen Gemeinden in der Sowjetunion eingesetzt.

Seit 1972 genehmigten die sowjetischen Behörden unter bestimmten Umständen die Übersiedlung von Sowjetbürgern deutscher Nationalität in die DDR oder in die Bundesrepublik Deutschland. Zunächst betraf das nur wenige Antragsteller. Die Behörden in der Sowjetunion erlaubten die Ausreise nur zu einem Verwandten ersten Grades und das auch nur nach längerer Wartezeit. Da die Ausgereisten ihre nächsten Verwandten nachholten, kam es zu „Kettenausreisen“ ganzer Familienverbände. Eine kleinere Zahl der Ausreisewilligen konnten sich ein Leben im „Kapitalismus“ nicht vorstellen und bat um eine Ausreise in die DDR, im dort „beim Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen.“ So kamen zwischen 1975 und 1989/90 mehrere Hundert Russlanddeutsche nach Sachsen. Sie erhielten die DDR-Staatsbürger-



schaft, aber keinerlei Eingliederungshilfe. Die Zahl der Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland war vergleichsweise gering. Nach einem starken Anstieg ab 1970 auf 9.652 Aussiedler im Jahr 1975 sank die Zahl bis 1986 auf 753 ab. Seit 1987 stieg die Aussiedlerzahl rapide an. 1989 waren es bereits 98.000. Mit den Reformen in der Gorbatschow-Ära wuchs die Hoffnung der Russlanddeutschen auf eine Gleichberechtigung und eine mögliche Herstellung der Autonomie, zumal den ebenfalls deportierten Krimtataren 1989 die Rückkehr in ihre Heimat erlaubt wurde. Im März 1989 gründeten sowjetdeutsche Intellektuelle die Gesellschaft „Wiedergeburt“ (Wosroschdenije), die auf eine Wiederherstellung der Wolgarepublik drängte. Am 14. November 1989 nahm der Oberste Sowjet eine Erklärung an, in der die Repressalien gegen die gewaltsam umgesiedelten Völker als „verbrecherisch“ verurteilt und die „bedingungslose Wiederherstellung der Rechte der sowjetischen Völker, die an Repressalien gelitten hatten“, gefordert wurde. Daraufhin kam es im Wolgaregion zu Protestkundgebungen. Die Demonstranten bedienten sich deutschfeindlicher Schlagworte, die an die Feindbilder im Zweiten Weltkrieg erinnerten. Der im Juni 1990 gewählte Präsident Boris Jelzin (1931–2007) lehnte eine Autonomie der Wolgarepublik strikt ab. Damit war die deutsche Autonomiebewegung in Russland gescheitert. Realistische Alternativen gab es nicht oder ließen sich während des Zusammenbruchs der Sowjetunion nicht umsetzen.

Massenausreise und Integration in Sachsen

Das Scheitern der Autonomiebewegung und die Wirtschaftskrise in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion führte zu einer Massenausreise in das wiedervereinigte Deutschland. 1990 wurden 147.950 Aussiedler aus der Sowjetunion registriert. Bis 1994 stieg diese Zahl auf 231.214, um dann wieder abzusinken. 2005, nach ungefähr 15 Jahren, war die Ausreisewelle weitgehend zum Abschluss gekommen. Um den Zustrom zu begrenzen, hatte die Bundesrepublik Deutschland zum 1. Januar 1993 eine Neuregelung eingeführt. Die seit 1993 eingebürgerten Zuwanderer deutscher Nationalität werden als „Spät-

Demonstration gegen die Wiederherstellung der Autonomie der Wolgarepublik, 1989

© Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Denkmal in Engels für die
russlanddeutschen Opfer der
Repression in der Sowjetunion
© Landsmannschaft der
Deutschen aus Russland



- 5 Dazu vgl. auch Klemens H. Schrenk: Russlanddeutsche in Sachsen. In: Klemens H. Schrenk (Hrsg.): Zuwanderung und Integration. Aktuelle Tendenzen und Probleme der Migrationspolitik im Kontext der sächsischen Polizei. Rothenburg/Oberlausitz, 2005, S. 327-354.
- 6 Die folgenden Aussagen sind nicht statistisch abgesichert. Es gibt keine zahlenmäßige Erfassung von deutschen Staatsangehörigen, die aus Russland oder den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion stammen.

aussiedler“ bezeichnet. Sie mussten ein Antragsverfahren durchlaufen und dabei die deutsche Volkzugehörigkeit und in einem Sprachtest ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen. Alle Spätaussiedler kamen zunächst in das Grenzdurchgangslager Friedland. Dort wurden sie registriert und nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer verteilt. Der Freistaat Sachsen musste zwischen 6,5 und 5 Prozent der Spätaussiedler aufnehmen. Rund 110.000 Spätaussiedler, mehrheitlich Deutsche aus den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, wurden zwischen 1991 und 2005 dem Freistaat Sachsen zugewiesen. Jedoch blieben nicht alle in Sachsen. Sobald die Regeln der Wohnortzuweisung nicht mehr galten, sind viele zu Verwandten gezogen, die in den westlichen Bundesländern eine neue Heimat gefunden hatten.

Die Integration in Sachsen⁵ war ein längerer Prozess, der inzwischen größtenteils abgeschlossen ist.⁶ Ein Problem waren anfangs die mangelnden Deutschkenntnisse der Elterngeneration, während die Großeltern meist noch Deutsch gelernt hatten und die Kinder die neue Sprache einfach und schnell aufnahmen. Die fehlenden Sprachkenntnisse und kulturelle Unterschiede bewirkten, dass Erwachsene oft nicht in dem Beruf arbeiten konnten, in dem sie ausgebildet worden waren, selbst wenn eine Anerkennung von Abschlüssen erfolgte. Die Kinder aber, die in Deutschland aufwuchsen, konnten alle Vorteile der deutschen Gesellschaft nutzen. Sie erwarben oft sehr gute Schul- und Hochschulabschlüsse. Man kann den Eindruck gewinnen, dass Deutsche mit einem sowjetischen Hintergrund häufiger als andere als selbständige Unternehmer

tätig sind. Ein Teil der Zuwanderer, der sich kaum stark integriert hat, lebt in einem weitgehend abgeschlossenen russischsprachigen Milieu. So gibt es in allen Städten typische Lokale, die von Russlanddeutschen betrieben werden und in denen sich Russlanddeutsche treffen und nur Russisch unterhalten. Dem steht gegenüber, dass sehr viele Jüngere gar nicht mehr Russisch sprechen und die Sprache auch nicht mehr an die nächste Generation weitergeben.

Die Russlanddeutschen wurden in Neubausiedlungen, ehemaligen Kasernen, leerstehenden Ferienlagern usw. untergebracht. Das ging oft nicht anders, denn als die Masseneinwanderung kam, war ausreichend freier Wohnraum oft nur in den von Leerstand betroffenen Plattenbausiedlungen der Groß- und Mittelstädte zu finden. Familien, die sich rasch in die deutsche Gesellschaft integrierten, Arbeit fanden und Geld verdienten, konnten diese „Russenviertel“ bald hinter sich lassen. Andere blieben in diesen Vierteln. Noch heute haben bestimmte Großsiedlungen in Plattenbauweise – etwa Dresden-Prohlis oder das Fritz-Heckert-Viertel in Chemnitz – einen hohen Anteil russlanddeutscher Bewohner.

Für viele Deutsche aus Russland war es demütigend, dass sie als „Russen“ beschimpft wurden, während sie in der Sowjetunion die „Deutschen“ gewesen waren. Diese Diskriminierung ist jedoch durch den Spracherwerb und die zunehmende Integration seltener geworden.

Einen großen Anteil am Integrationsprozess hatten die Kirchen und Vereine. Unter den Zuwanderern befanden sich zahlreiche Anhänger von Pfingst- und Brüdergemeinen sowie Baptisten. Diese schlossen sich bestehenden freikirchlichen Gemeinschaften an oder gründeten neue. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens organisierte eine eigene Aussiedlerarbeit, um evangelische Christen verschiedener Richtungen anzusprechen. Seit 1993 wird jedes Jahr zu einem Aussiedlertag eingeladen, der als Begegnungstreffen evangelische Deutsche aus Russland zusammenführt. Die mennonitischen Zuwanderer haben sich in der 1993 gegründeten Evangelisch-Mennonitischen Freikirche in Dresden zusammengefunden.

Die Russlanddeutschen in der alten Bundesrepublik hatten 1950 die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland gegründet. Nach der Wiedervereinigung bildete sich ein Landesverband in Sachsen. Ortsgruppen bestehen heute in Dresden, Chemnitz und Leipzig. Allerdings ist nur eine kleine Minderheit der Zuwanderer, überwiegend aus der älteren Generation, in der Landsmannschaft organisiert. Sehr aktiv ist die Dresdner Ortsgruppe, die mit dem Chor „Silberklang“ deutsches Liedgut pflegt und über Sportmannschaften auch jüngere Aussiedler zu integrieren versucht. Spätaussiedler, die weiterhin mit Russland verbunden sein wollen, engagieren sich im Deutsch-Russischen Zentrum Sachsen e. V. mit Sitz in Leipzig oder im Deutsch-Russischen Kulturinstitut Dresden e. V.

Autoren

Dr. Lars-Arne Dannenberg
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der
„Sächsischen Heimatblätter“